

Pressemitteilung

Magdeburg, 27.06.2025

Forum Natur Sachsen-Anhalt mahnt:

Geplantes Akzeptanzgesetz würgt Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum ab.

Gesetze schaffen zu keinem Projekt Akzeptanz! Menschen und Mittel sind entscheidend!

Das Forum Natur Sachsen-Anhalt kritisiert den aktuellen Entwurf des „Akzeptanz- und Beteiligungsgesetzes“ des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt. Der Gesetzesentwurf sieht verpflichtende Zahlungen von Betreibern von Windkraft- und Photovoltaikanlagen an berechnete Kommunen vor – eine Maßnahme, die nach Ansicht des Forum Natur Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raums im Bereich der erneuerbaren Energien verhindert, zumindest aber erschwert und u.a. bei den Bürgern zu höheren Stromkosten führt.

Der Gesetzesentwurf verpflichtet Betreibern von Windkraft- und Freiflächenphotovoltaikanlagen zu jährlichen Mindest-Zahlungen an begünstigte Gemeinden, die in einem bestimmten Umkreis von Windkraftanlagen oder bei Freiflächenphotovoltaikanlagen in deren Gebiet, liegen. Hierbei soll es nicht auf den jährlichen Ertrag des Betreibers ankommen, sondern auf die jeweils installierte Nennleistung.

Die Mittel aus der Zahlungspflicht sollen lt. Gesetzesentwurf zwar zum Erhalt der Akzeptanz für den Ausbau der Wind- und Solarenergie verwendet werden, jedoch ist rechtlich völlig offen, ob diese Mittel nicht auch für die Sanierung der klammen Kommunalkassen, sowie der Kreis- und Verbandsgemeindeumlage Verwendung finden.

Das Forum Natur warnt: „Die Einführung einer verpflichtenden Abgabe stellt einen

tiefen Eingriff in marktwirtschaftliche Mechanismen dar. Investoren werden diese Kosten umlegen – günstiger Strom wird so zur Illusion.“, so der Vorsitzende Daldrup. „Im Gegenteil: ungenügende Wirtschaftlichkeit führt zu weniger Investitionsbereitschaft und damit auch zu keiner Beteiligung der Bürger in den Kommunen.“

Des Weiteren kritisiert das Forum, dass fachliche Expertise und die Stellungnahmen der land- und forstwirtschaftlichen Verbände ignoriert werden. Die Interessen von Grundbesitzern, von steuerzahlenden Unternehmen, werden durch die gewählten Landtagsabgeordneten mißachtet.

Das Vertrauen in die Wähler ist wiederholt gebrochen, der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalts, insbesondere des ländlichen Raums, wird weiter geschwächt. „Ein Blick über den Tellerrand, in andere Bundesländer, wo dieses Gesetz mittlerweile mit großem Aufwand angepasst werden soll, sollte belehrend sein. Wenigstens eine Revisionsklausel sollte das Gesetz beinhalten.“, fordert Daldrup.

„Einem Deal zuzustimmen und Verantwortung dafür zu tragen, müssen unsere Politiker im Land erst noch lernen oder wir verlieren weiterhin Wertschöpfung und die politische Zustimmung der Bürger im ländlichen Raum.“, führt ein Sprecher des Forums aus. Und weiter: „Niemand würde ernsthaft ein „Industrie-Ansiedlungs-Akzeptanz-Gesetz“ fordern, mit dem Ziel, eine Abgabe von Unternehmen zu fordern, die sich nicht am wirtschaftlichen Erfolg, sondern z.B. an der genutzten Industriefläche orientiert. Der vorliegende Gesetzentwurf, mit einer starren Mindestzahlungsverpflichtung, unabhängig von der tatsächlichen Stromerzeugung und dem Ertrag, läßt die betriebswirtschaftliche Situation von Wirtschaftsunternehmen völlig unbeachtet.

Statt gesetzlicher Vorgaben fordert das Forum mehr Transparenz und echte Beteiligung auf freiwilliger Basis i.S.v. § 6 EEG: durch Bürgerstromtarife, Projektgesellschaften mit kommunaler Beteiligung und gezielte Unterstützung lokaler Vereine und Einrichtungen. „Nur so entsteht tatsächliche Akzeptanz –nicht durch Zwang, sondern durch Nutzen vor Ort“, betont das Forum.

Der geplante Ausbau von erneuerbaren Energien findet nicht in urbanen Zentren, sondern im ländlichen Raum statt. Dies stellt eine große Chance für den Klimaschutz und für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums dar. Wenn wir die Anreize für die Projektierung von erneuerbaren Energien in Sachsen-Anhalt kappen, findet diese Entwicklung nicht bei uns statt.

Ein flächendeckendes Gesetz sei daher nicht zielführend. Die Akzeptanz der Bevölkerung für die Energiewende könne nur durch echte Teilhabe und Vorteile für die Menschen vor Ort nachhaltig gesichert werden.

Das Forum Natur Sachsen-Anhalt (FNST) ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Organisationen im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts. Kernanliegen des FNST ist eine schonende, nachhaltige und umweltgerechte Nutzung der vorhandenen Ressourcen, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Schutz der gewachsenen Kulturlandschaft. Rund 80 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche sowie ca. 60 % der bewirtschafteten Wälder sind über unseren Verband vertreten.

Pressekontakt

Bernhard Daldrup

Vorsitzender, Forum Natur Sachsen-Anhalt e.V.

E-Mail: daldrup@forum-natur-sachsen-anhalt.de

Tel.: +49 (0)171 8940357